

Antrag

der Abgeordneten Dr. Liesel Hartenstein, Michael Müller (Düsseldorf), Dr. Bodo Teichmann, Monika Ganseforth, Wolfgang Behrendt, Friedhelm Julius Beucher, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Ursula Burchardt, Marion Caspers-Merk, Dr. Marliese Dobberthien, Ludwig Eich, Lothar Fischer (Homburg), Anke Fuchs (Köln), Arne Fuhrmann, Lothar Ibrügger, Volker Jung (Düsseldorf), Susanne Kastner, Horst Kubatschka, Eckart Kuhlwein, Christoph Matschie, Ulrike Mehl, Jutta Müller (Völklingen), Günter Oesinghaus, Georg Pfannenstein, Dietmar Schütz (Oldenburg), Richard Schuhmann (Delitzsch), Reinhard Schultz (Everswinkel), Dr. Angelica Schwall-Düren, Ernst Schwanhold, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Jella Teuchner, Dr. Wolfgang Wodarg, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Schutz der stratosphärischen Ozonschicht und Bekämpfung des anthropogenen Treibhauseffektes durch Beendigung des Einsatzes von FCKW

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der in den letzten Jahren zu beobachtende Abbau der stratosphärischen Ozonkonzentration setzt sich unverändert fort und hat bereits dramatische Ausmaße angenommen. Nach neuesten Angaben der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) ist das Ozonloch über dem Südpol doppelt so groß wie in den Jahren 1993 und 1994. Auch über Europa und Nordamerika hat sich die Ozonschicht seit den 60er Jahren erheblich verringert.

Nach Messungen der Deutschen Forschungsanstalt für Luft und Raumfahrt im Frühjahr diesen Jahres hat die Ozonkonzentration auch über der Nordhalbkugel der Erde in der Höhe von 15 bis 20 km bis zu 60 % gegenüber früheren Messungen abgenommen. Nach Auskunft des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie ist ein stratosphärischer Ozonabbau dieses Ausmaßes über der nördlichen Hemisphäre bisher noch nie festgestellt worden. Diese Entwicklung ist um so bedrohlicher, als der Höhepunkt des Ozonabbaus wegen der langen Aufstiegsdauer der die Ozonschicht zerstörenden Stoffe noch bevorsteht. Die WMO rechnet damit, daß sich das Ozonloch selbst dann erst Mitte des nächsten Jahrhunderts zu schließen beginnt, wenn die international gefaßten Beschlüsse zum Ausstieg aus den ozonschädigenden Stoffen (insbesondere teil- und vollhalogenierte FCKW) in den nächsten Jahren wie beabsichtigt verwirklicht werden.

Angesichts der durch den Abbau der stratosphärischen Ozonschicht drohenden Gefahren für Mensch und Natur kommt der FCKW-Ausstieg auch in der Bundesrepublik Deutschland nicht energisch genug voran. Während 1990 in Gesamtdeutschland etwa 50 000 t FCKW und H-FCKW verbraucht worden sind, werden es 1995 voraussichtlich noch rd. 12 000 t sein. Nach der derzeitigen Gesetzeslage ist erst im Jahre 2000 damit zu rechnen, daß bei der Herstellung von Dämmschäumen, in der Kälte-Klimatechnik und bei den Asthmasprays keine ozonschädigenden Stoffe mehr zum Einsatz kommen.

Während dieses Ziel bei den Dämmschäumen durch klimaneutrale Ersatzstoffe erreicht werden dürfte, wird bei der Kälte-Klimatechnik und den Asthmasprays eine offenbar langfristig angelegte Umstellung auf Ersatzstoffe aus der Gruppe der FKW eingeleitet. FKW besitzen zwar kein Ozonerstörungspotential, sind aber in hohem Maße treibhausrelevant und heizen das Klima weiter auf. Daß eine solche Umstellung nicht befriedigend sein kann, liegt angesichts der auf der ersten Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention in Berlin bekräftigten Verpflichtung zur Senkung der treibhausrelevanten Emissionen auf der Hand. Bereits 1990 hat die Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages erklärt, daß der Einsatz von FKW nur als Übergangslösung in Frage kommen kann, falls keine klimaneutralen Ersatzmittel oder -verfahren zur Verfügung stehen. Diese gibt es jedoch bereits für viele und innerhalb der nächsten Jahre für alle kältetechnischen und medizinischen Anwendungen. In der Kältetechnik seien hier u. a. geeignete aliphatische Kohlenwasserstoffe wie Propan, Pentan und Butan, daneben Ammoniak und Kohlendioxid genannt, die bei gewerblicher Anwendung und in Fahrzeugklimaanlagen die FCKW ohne gleichzeitigen Einstieg in die FKW-Kühlung ablösen können. Im medizinischen Bereich ist die Pulverinhalation ein Verfahren, das die bisherigen FCKW-haltigen Asthmasprays ersetzen könnte.

Die in der Bundesrepublik Deutschland 1995 vor allem in Auto-Klimaanlagen und Montageschäumen verbrauchten FKW entsprechen von der Treibhausrelevanz her rd. 13 Millionen t CO₂. Sollte die angedeutete Entwicklung in der Kältetechnik und bei den Asthmasprays eintreten, stiege der Treibhausbeitrag auf rd. das Dreifache, also etwa 40 Millionen t CO₂ an.

Zu bedenken ist weiterhin, daß der in den nächsten Jahren zu erwartende Rückgang beim Verbrauch von FCKW und H-FCKW vorerst kaum die Umweltgefährdung durch die Emissionen von Alt-FCKW berührt. Bleibt es bei den bestehenden gesetzlichen Regelungen, dann werden aus alten Kälteanlagen auch noch im ersten Viertel des nächsten Jahrhunderts FCKW und H-FCKW in die Atmosphäre entweichen und die stratosphärische Ozonschicht zerstören. Bei den FCKW und H-FCKW in den Hartschaumporen steigt die Ausgasung in den nächsten Jahren stark an.

Hinzu kommt, daß sich andere Chemikalien, wie z. B. das Schädlingsbekämpfungsmittel Methylbromid, dessen Ozon-

zerstörungspotential ebenfalls erheblich ist, immer noch weltweit im Handel befinden.

In der letzten Fassung des Montrealer Protokolls ist festgelegt, daß Industrieländer im Jahr 1996, Entwicklungsländer um zehn Jahre später aus den FCKW aussteigen. Um auch den Entwicklungsländern einen frühen Ausstieg zu ermöglichen, verpflichteten sich die Industrieländer dafür finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der Geldknappheit im Multilateralen Fonds des Montrealer Protokolls sehen sich die Entwicklungsländer nicht in der Lage, die für sie vereinbarte Ausstiegsfrist zu verkürzen. Eine Verkürzung der Ausstiegsfrist ist aber, nach den neuesten alarmierenden Daten, die im Rahmen des Tages zum Schutz der Ozonschicht am 16. September bekannt wurden, mehr denn je geboten. Solange die Finanzierung nicht geklärt ist, werden sich die Entwicklungsländer weigern, über einen – für sie nicht vorgeschriebenen – Ausstieg aus den weichen H-FCKW und Methylbromid zu diskutieren.

II. Der Deutsche Bundestag fördert die Bundesregierung auf, zum konsequenten Schutz der Ozonschicht bei gleichzeitiger Bekämpfung des Treibhauseffektes folgende, über die FCKW-Halon-Verbotsverordnung hinausgehende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Die regelmäßige Inspektion, Wartung und Instandsetzung von gewerblichen Kälteanlagen, insbesondere solche, die unter § 10 Abs. 2 der FCKW-Halon-Verbotsverordnung fallen, ist rechtsverbindlich vorzuschreiben.
2. Um die Leckagerate von jährlich rd. 10 000 t FCKW und H-FCKW deutlich zu senken, sind die Betreiber dieser Kälteanlagen durch Rechtsverordnung zur Durchführung technischer Maßnahmen zur Emissionsminderung von Kältemitteln zu verpflichten.
3. Das Umweltbundesamt ist aufzufordern, seine Arbeiten zur Identifikation geeigneter Ersatzkältemittel zu intensivieren und unverzüglich umweltverträgliche Ersatzstoffe gemäß § 10 Abs. 2 FCKW-Halon-Verbotsverordnung bekanntzugeben, die in diesen Anlagen bis zu deren Außerbetriebnahme eingesetzt werden sollen.
4. Es ist sicherzustellen, daß die FCKW- und H-FCKW, die bei der Verschrottung von Kälteanlagen und bei der Entsorgung von z. B. Hartschäumen anfallen, möglichst vollständig aufgefangen und entsorgt werden.
5. Es ist ebenfalls sicherzustellen, daß treibhausfördernde FKW im Kälte-, Schaum- und Aerosolbereich nicht zum Einsatz kommen, wenn umweltverträgliche Alternativen zur Verfügung stehen.
6. Chemikalien, wie z. B. das Schädlingsbekämpfungsmittel Methylbromid, dessen spezifisches Ozonzerstörungspotential höher ist als das von Chlor, müssen unverzüglich national und EU-weit verboten werden.

7. Die anstehenden Verhandlungen müssen zum Ziel haben, die internationalen Vereinbarungen zum Schutz der Ozonschicht (Londoner Protokoll, Juni 1990, Kopenhagener Protokoll, November 1992) zu verschärfen und die Ausstiegsfristen zu verkürzen.
8. Bei der Wiener Konferenz im Dezember 1995 ist eine Initiative zur Aufstockung der Beiträge der Industrieländer für den Multilateralen Fonds zu ergreifen, um auch den Entwicklungsländern den frühestmöglichen Ausstieg aus der Anwendung und Produktion von FCKW zu ermöglichen. Hierzu wäre eine Verdoppelung der bisher bereitgestellten Mittel anzustreben.

Bonn, den 28. September 1995

Dr. Liesel Hartenstein
Michael Müller (Düsseldorf)
Dr. Bodo Teichmann
Monika Ganseforth
Wolfgang Behrendt
Friedhelm Julius Beucher
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Ursula Burchardt
Marion Caspers-Merk
Dr. Marliese Dobberthien
Ludwig Eich
Lothar Fischer (Homburg)
Anke Fuchs (Köln)
Arne Fuhrmann
Lothar Ibrügger
Volker Jung (Düsseldorf)
Susanne Kastner

Horst Kubatschka
Eckart Kuhlwein
Christoph Matschie
Ulrike Mehl
Jutta Müller (Völklingen)
Günter Oesinghaus
Georg Pfannenstern
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Richard Schuhmann (Delitzsch)
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Ernst Schwanhold
Dr. Dietrich Sperling
Dr. Peter Struck
Jella Teuchner
Dr. Wolfgang Wodarg
Rudolf Scharping und Fraktion